

KOMMUNALER FINANZREPORT

Zwei Welten in Brandenburg

Gütersloh, 14. August 2015. Zum dritten Mal in Folge einen Überschuss erwirtschafteten die Städte, Gemeinden und Kreise in Brandenburg. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung hervor. 109 Millionen Euro Plus standen am Ende des Haushaltsjahres 2014 zu Buche. Das sind 44 Euro pro Einwohner. Brandenburg zählt damit zu den sieben Bundesländern, in denen der Saldo ihrer Kommunalhaushalte positiv war. Die übrigen sechs Flächenländer verzeichneten ein Defizit in ihren Etats. Den größten Überschuss verbuchten die bayerischen Kommunen mit 127 Euro pro Einwohner. Das größte Pro-Kopf-Defizit vermeldeten die Kommunen im Saarland mit 319 Euro.

Obwohl die brandenburgischen Kommunen damit pro Kopf sogar besser abschlossen als die Kommunen in Baden-Württemberg (40 Euro), kann von allgemeiner finanzieller Gesundheit keine Rede sein. Zu unterschiedlich ist die Lage in den einzelnen Kommunen: Während die Landeshauptstadt Potsdam und die fünf Landkreise Havelland, Dahme-Spreewald, Märkisch-Oderland, Barnim und Oberhavel fast frei von Kassenkrediten sind, bleiben andernorts trotz landesweit positiver Gesamtsituation die Kassenkredite weiter auf hohem Niveau.

Mit insgesamt 780 Millionen Euro an Kassenkrediten waren die kommunalen Etats in Brandenburg im vergangenen Jahr belastet. Das sind trotz des Überschusses von 109 Millionen Euro lediglich 22 Millionen Euro weniger als im Vorjahr. Gut 500 Millionen der insgesamt 780 Millionen Euro entfallen auf die drei kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt/Oder. Kassenkredite gelten als Krisenindikator. Ihnen stehen keinerlei Werte oder Investitionen gegenüber. Sie sind – vergleichbar mit Dispo-Krediten – eine der letzten Möglichkeiten für notleidende Kommunen, kurzfristig ihre Zahlungsfähigkeit zu sichern.

Jeder Brandenburger ist derzeit mit umgerechnet 319 Euro aus Kassenkrediten verschuldet. Das ist bei weitem nicht so hoch wie in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland, wo dieser Wert zwischen 1.500 und 2.000 Euro je Einwohner liegt. In Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg hingegen sind Kassenkredite nahezu unbekannt.

Seit 2008 hat insbesondere die Situation in der Stadt Brandenburg an der Havel an Dramatik gewonnen. Die Kassenkredite verdoppelten sich von 1.200 auf 2.400 Euro je Einwohner. Auch in Cottbus (von 1.600 auf 2.100 Euro) und Frankfurt/Oder (von 1.400 auf 2.100 Euro) vertiefte sich die Haushaltskrise. Mit der Kredithöhe steigen die Zinsrisiken. Weil Kassenkredite kurze Laufzeiten haben, würden sich etwaige Zinsanstiege schnell in den Haushalten niederschlagen. „Bestehende Haushaltskrisen verschärfen sich – trotz insgesamt guter Konjunktur“, sagte René Geißler, Finanzexperte der Bertelsmann Stiftung.

Zwei wichtige Ursachen für Defizite und Verschuldung sind die Steuerkraft und die Hartz-IV-Wohnkosten. Letztere sind direkt abhängig vom Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit und gelten als klassische kommunale Sozialleistung. Kaum eine notleidende Kommune schafft es, diese Faktoren mittelfristig wesentlich zu verbessern. Um das zu belegen, analysierte die Bertelsmann Stiftung erstmals die zeitliche und regionale Entwicklung. Für die Untersuchung wurden die bundesweit 398 Kreise und kreisfreien Städte entsprechend ihrer Hartz-IV-Ausgaben und Steuereinnahmen in vier Gruppen eingeteilt.

13 der 18 brandenburgischen Kreise und kreisfreien Städte gehören zum Viertel der Kommunen mit den bundesweit höchsten Hartz-IV-Ausgaben. Gar zu den bundesweit zehn am höchsten belasteten Kommunen zählen die Städte Brandenburg an der Havel und Frankfurt/Oder sowie der Landkreis Uckermark. Dort sind die pro-Kopf-Ausgaben drei Mal höher als im Kreis Potsdam-Mittelmark, der einzigen Kommune, der es seit 2008 gelang, die Hartz-IV-Ausgaben spürbar zu reduzieren.

Die Kommunen Brandenburgs sind mit 67 Prozent des bundesdeutschen Niveaus weiterhin relativ steuerschwach. 13 der 18 Kreise und kreisfreien Städte verharren im untersten Viertel der bundesdeutschen Kommunen. Gleichzeitig liegen mit Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming die einzigen beiden ostdeutschen Landkreise, die den Bundesdurchschnitt überhaupt erreichen, in Brandenburg. „Die wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs konzentriert sich mehr und mehr im Umland von Berlin“, sagte Geißler. Dies führe den Finanzausgleich im Land an seine Grenzen.

Der Kommunale Finanzreport beobachtet bundesweit ein Auseinanderdriften starker und schwacher Regionen. Nahezu jede zehnte Kommune zählt seit 2008 durchgängig sowohl mit ihren Hartz-IV-Ausgaben als auch mit ihrer Steuerkraft zum jeweils schlechtesten Viertel aller Kommunen. In Brandenburg trifft diese ungünstige Kombination 10 der 18 Kreise und kreisfreien Städte. Es gelingt diesen Städten und Kreisen nicht, die hohe Ausgabenbelastung ab- und die Steuerkraft aufzubauen.

In der Vergangenheit wurden diese Strukturprobleme durch den Solidarpakt überdeckt, der jedoch bis 2020 ausläuft. „Wenn nicht ganze Regionen abgehängt werden sollen, müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam einen Aufholprozess ermöglichen“, sagte Geißler. Spürbare Entlastung brächte eine Übernahme der Hartz-IV-Wohnkosten durch den Bund. Zusätzlich müsse die Wirtschaftskraft im Länderfinanzausgleich stärker berücksichtigt werden.

Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er analysiert die Finanzentwicklung aller 398 kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland und basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken (Kassenstatistiken 2013 und 2014, Schuldenstatistik, Realsteuerstatistik, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende). Der Kommunale Finanzreport wird erarbeitet in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e. V. und Experten aus der Praxis.

Unser Experte: **Dr. René Geißler, Telefon: 0 52 41/81 81 467**
 E-Mail: rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de

Weitere Informationen finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de